

Sächsische Volkszeitung

Bezugspreis: Dienstagsabend in der Geschäftsstelle oder von der Post abgeholt Ausgabe A mit illustri. Beilage 10.20 M
Ausgabe B 9.45 M. Im Dresden und ganz Deutschland frei Haus Ausgabe A 10.65 M. Ausgabe B 9.90 M. — Die Sächsische Volkszeitung erscheint an allen Werktagen nachm. — Sprechstunde der Redaktion: 11 bis 12 Uhr vorne.

Einzelpreis: Abnahme von Geschäftsanzeigen bis 10 Uhr, von Familienanzeigen bis 11 Uhr vorne. — Preis für die
Vorlesungszeile 1.40 M., im Reklamezeit 2.50 M. — Für unbedeutlich geschriebene, sowie durch
Bemüher ausgegebene Anzeigen können wir die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit des Textes nicht übernehmen.

Sympathie-Kundgebung der Dresdner kath. Eltern zum Plauener Schulstreik

Dresden, 11. September

Die christliche Religion ist die unentbehrlichste Grundlage und notwendige Voraussetzung zur Erziehung unserer Jugend. Sie soll ihr die erhabenen Güter übermitteln, sie ist überhaupt die Soße aller wahren Erziehung. Und die berufene Ort, diese Erziehungsarbeit an unserer Jugend zu leisten, ist die christliche, konfessionelle Schule. Die Sozialdemokratie, durch die Revolution zur Macht gebracht, versucht nun, diese Macht radikalisch auszunutzen und in höchster Verblendung den Schulen ihren christlichen Charakter zu nehmen und durch ihre materialistische Weltanschauung zu zerstören. Gott unser deutsches Volk aber liebt zu der zum Wiederaufbau notwendigen spirituellen Wiedergeburt kommen, so ist die religiöse Wiedergeburt unabdingte Voraussetzung. Und dazu brauchen wir die christlichen Volkschulen. Es ist nicht nur Verteidigung der heiligsten, ihnen von Gott und Staat zugeschennten Rechte, sondern es ist gleichsam eine vaterländische, eine nationale Tat, wenn die Katholiken in Erkenntnis dessen um die Erhaltung ihrer Volkschulen, der Pflichtaufgaben des erneuernden, christlichen Geistes, mit allen erlaubten Mitteln und bis zum letzten Kampf. Im Kampfe um die Erhaltung ihrer heiligsten Güter bilden sie, unbekürt durch alle Anfechtungen, eine geschlossene Phalange. Ein leuchtendes Zeugnis dafür gab am Sonnabend in Dresden eine von den Elternräten der acht katholischen Schulen Dresdens einberufene Versammlung, die sich zu einer gewaltigen Protest- und Sympathiekundgebung zum Schulstreik der katholischen Eltern Plauens gestaltete. Der große Saal des katholischen Gesellenhauses war dicht besetzt. In der Begrüßungsansprache sprach der Vorsitzende des kathol. Hauptelternrates Dresden, Herr Paul Richter, den Eltern Plauens volle Sympathie aus. Die katholischen Eltern Dresdens forderten mit ihnen die Herstellung der katholischen Schule und werden bis zur Erledigung dieses Pfeiles alle Hilfe leisten. Den Hauptvortrag: *Unsere Stellungnahme zu dem Schulstreik der katholischen Eltern Plauens* hatte Frau Anna Häßlein-Jäger übernommen.

Einführend gab die Rednerin einen gesichtlichen Rückblick auf den Schulkampf im allgemeinen und insbesondere auf die Entwicklung des Kampfes in Plauen, um dann zu dem Schulstreik selbst Stellung zu nehmen.

Der Schulstreik in Plauen dauert weiter an. Die katholischen Eltern sind nicht gewillt, hier nachzugeben. Das Recht steht auf ihrer Seite. Der Artikel 1920 der Reichsverfassung besagt: „Die Erziehung des Nachwuchses zur leiblichen, stelllichen und gesellschaftlichen Tugend ist oberste Pflicht und natürliche Recht der Eltern.“ Warum sollen wir katholischen Eltern uns unter natürliche Recht, das wir im gleichen Maße besitzen, wie die glaubenslosen Eltern, uns nehmen lassen. Ferner sagt der Artikel 146.2 der Reichsverfassung ausdrücklich: „Unterhalb der Gemeinden sind auf Antrag von Erziehungsberechtigten, Volkschulen ihres Beliebenmüsses über ihre Weltanschauung einzurichten, soweit hierdurch ein geordneter Schulbetrieb nicht beeinträchtigt wird. Der Wille des Erziehungsberechtigten ist möglichst zu berücksichtigen.“

Nun will man entgegen diesen Bestimmungen alle Rechte der katholischen Eltern in Plauen mit Füßen treten. Man will sie zwingen, ihre Kinder religiösen Lehrern in die Hände zu geben. Man will ihnen ihr edles und heiligstes Recht aus der Hand reißen. Die katholischen Eltern in Plauen können verachtet sein, daß sie voll und ganz unsere Sympathie haben. Die Katholiken in Neuleutzendorf und die Katholiken in Schirgiswalde haben große Protestsankündigungen schon veranstaltet. Auch wie, die katholischen Väter und Mütter von Dresden, sind heute hier zusammen gekommen, um in dieser machtvollen Kundgebung zu beweisen, daß wie auch keinen Strich breit abweichen von dem, was unser Recht ist. Es ist etwas Wertvolles um die Seele des Kindes. Das wissen nicht nur wir, die wir an die Unsterblichkeit der Seele glauben, das wissen auch unsere Freunde. Und darum suchen sie unsere Kinder uns schon in der Jugend unserem Einfluß zu entziehen. Ich wende mich hier und heute von diesem Platze aus vor allen Dingen an die katholischen Mütter, nicht nur an die katholischen Mütter von Dresden, sondern auch an die katholischen Mütter von ganz Sachsen. Die Frau, die Mutter, die Lehrerin und Erzieherin, sie alle stehen auf einem Posten, denn die Unsterblichkeit der Menschheit, die Kinder, sind ihnen anvertraut. Wir katholischen Frauen, wir haben vor allen anderen Frauen unseren Glauben, unseren Glauben an die Unsterblichkeit der Menschseele, an ihre Rettbarkeit. Es gibt wahrscheinlich kein Denkmal, das schöner und heiliger ist, als wenn eine junge Mutter zum ersten Male den zarten Körper ihres Kindes begrüßt kann und mit ihm und in ihm die Seele, die keine schlummernde unschuldsvolle Seele, in der Gottes Schönung noch zittert. Mit dem Gefühl des Glücks kommt aber zu gleicher Zeit das Gefühl einer großen Verantwortung und der Dank gegen den Schöpfer, vereinigt mit

einem hellen Gebet um Gnade und Gebiß, die junge Seele zu dem zu erwecken, zu dem der Schöpfer sie berufen. Es liegt viel in den Worten und eine tiefe Wahrheit, wenn man sagt: „Die Hand, die Wiegen kräft, lenkt die Welt.“ Wir katholischen Mütter, wir nehmen unser Kind oft und oft auf den Schoß. Selbst wenn es noch nicht zum Gebrauche der Vernunft gelangt ist, wie zeigen ihm das Zeichen des Kreuzes. Wir nehmen das kleine Kind und führen es ein an unseren katholischen Feierlagen in die Geheimnisse unserer Feste. Wie finden mit ihm oft den Weg zum Gotteshaus. Wie zeigen ihm zu Weihnachten die Krippe, wie führen es zu Ostern in der Karwoche an das Heilige Grab, wie erzählen ihm zu Pfingsten von der Auferstehung des Heiligen Geistes und von seiner Wirkung auf die Menschen. Und dann, wenn das Kind größer geworden, dann nehmen wir es wieder bei der Hand und führen es in die katholische Schule zum katholischen Lehrer und zur katholischen Lehrerin. Wie können es ruhiger Herzens und voll Vertrauen tun, denn hier in der katholischen Schule wird der Same weiter entfaltet und zur Entwicklung gebracht, den wie katholischen Mütter in einfachen Dämmerstunden unserem Kind ins Herz gelegt haben. Und nun soll dies alles uns genommen werden. Die katholischen Mütter in Plauen sollen zusehen, wie ihren Kindern das zarte Blümchen der Liebe und des Gottvertrauens aus dem Herzen gerissen wird. Von Lehrern und Schreinern, die nie das beglückende Gefühl des Gottvertrauens überhaupt nie empfunden haben, die über alles lächeln, was wie hochhalten, die über alles spotteln, was wir glauben, die unsere Kirche und ihre Einrichtungen verachten und nur sie merken ist, was sie uns das Gesicht auf Erden ist. Wir brauchen nur an den naturwissenschaftlichen und geschichtlichen Unterricht zu denken. Die Wunder des alten Testaments und die Wunder des neuen Testaments, die Christus gewirkt hat, sie werden abgelöst als rein naturgemäße Vorlommuniste. An dem naturwissenschaftlichen Unterricht schlägt sich an eine allzu frühe Ausbildung, die die Seele des Kindes verzagt beunruhigt, in einem Alter, da sie noch nicht stark genug ist, alles zu erfassen und vom richtigen Standpunkt aus zu beurteilen. Im gesichtlichen Unterricht wird alles notdürftig, von anderem Gesichtspunkte aus erklärt und die alten Geschichtslügen werden neu aufgesetzt. Alles ist nur Mittel zum Zweck, um das Kinderherz zu vergiften und gegen die Religion seiner Eltern einzunehmen. Nicht zu reden von den vielen gefährlichen Bemerkungen, die ein katholisches Kind in einer glaubens- und religionslosen Schule lauernd hinnimmt.

Ist es darum verwunderlich, wenn die katholischen Väter und Mütter von Plauen sich mit aller Energie wehren gegen die Einführung der konfessionslosen Einheitsschule, nachdem doch der Artikel 146.2 der Reichsverfassung uns unser Recht zuspricht. Ist es darum nicht zu begreifen, daß die katholischen Eltern in Plauen sich mehr gegen die Gewalt, die man ihnen antut will. Sie kämpfen nicht um ihren Vorteil. Nein, ganz im Gegenteil. Es ist schon von Tat- und Strafanordnungen gegen die katholischen Eltern geschockt worden. Tatkundig kämpfen sie weiter, trotzdem halten sie ihre Kinder vom Besuch der konfessionslosen Einheitsschule zurück. Wir wollen heute eben in dieser Kundgebung zeigen, daß wir hier in Dresden auf dem Standpunkt der katholischen Eltern in Plauen stehen. Wir wollen hier in aller Offenheit protestieren gegen das himmelschreiende Unrecht, daß man in Plauen die katholischen Schulen vom Erdboden hinwegsagen will. Wir gehen nicht auf die Strafe, wir lehnen uns nicht auf gegen die rühe und ordnungshaffende Polizeigewalt. Aber wir verlangen für uns und für unsere Gläubigen Brüder unter erstes Recht, das Recht, die Erziehung unserer Kinder nach unserem Empfinden und unserem Glauben zu leiten. Und wie wollen mit dieser Kundgebung den katholischen Eltern in Plauen zurufen: Wir protestieren mit Euch! Wie wollen Sie bitten, aufzuhalten, schützen und nicht zu wenden in dem Kampf, den Sie ausscheiden müssen. Wie protestieren hier von dieser Stelle aus mit Ihnen und wie erheben mit Ihnen unsere Stimme und rufen mit Ihnen: „Gebt uns unsere katholischen Schulen wieder, gebt und unser Recht, wie auch Ihr Recht habt. Gebt uns unsere Schulen, gebt unseren Kindern unsere Schulen, damit wir sie, die uns von Gott anvertraut sind, nach den Grundsätzen unseres Glaubens, unserer heiligen Religion erziehen und zu brauchbaren tüchtigen Menschen heranführen können.“

In einem feurigen Appell, den bedrängten Plauenern auch die so notwendige finanzielle Hilfe zu leisten, fanden die ganz vorzüglichen, oft von lauter Zustimmung überwundenen Ausführungen ihren Ausklang. Lebhafte, sich immer wiederholende Rufe lohnte die Rednerin und gab Zeugnis, daß sich hier eine katholische Mutter in begleiteter kindlicher und voll starken Kampfeswillen zur Volksfeindin der heiligsten Gefüße katholischer Elternherzen gemacht hatte. Folgende

Entschließung

wurde darauf gegen eine Stimme angenommen:

Die am 11. September 1920 im großen Saale des katholischen Gesellenhauses, Käufersstraße 4, versammelten katholischen Eltern Dresdens sprechen den katholischen Eltern in Plauen i. V. ihre rechte Anteilnahme und volle Zustimmung zu ihren Bemühungen um den Fortbestand ihrer beiden katholischen Volkschulen aus.

Sie erklären die Förderung des katholischen Kultusministeriums, mittler im Schuljahr katholische Scholläden ohne Not aufzulösen, für gewaltig und im östlichen Widerspruch liegend mit der Zusicherung desselben Kultusministeriums vom 3. März 1920: „... daß am Schüler- und Lehrerbestande der katholischen Volkschulen bis zum Erreichnen des Reichsäulegesetzes nichts geändert werden solle.“

Sie erbliden in der Ausbildungsförderung eine schwere Einschränkung der freireligiösen Rechte der Plauener katholischen Eltern und fordern die sofortige Rücknahme dieser Verordnung und die ungeschmälerte Wiederherstellung sämtlicher katholischer Kloster, auch der des ersten und zweiten Schuljahrs.

Die Elternkriege der acht katholischen Volkschulen zu Dresden.

In der nun folgenden, äußerst regen Aussprache nahm Herr Leichmann mehrmals Gelegenheit, um mit begeisterten und begeisterten Worten für die katholische Kirche und ihre Einrichtungen einzutreten. Als früherer Pfarrer von Plauen und Mitglied der dortigen Schule riefte Herr Pfarrer Dr. Kaiser warme Worte des Dankes an die Anwesenden und ermahnt sie, im Kampf um ihre heilige Religion und ihre höchsten Güter anzuharren bis zum siegreichen Ende. Herr Rechtsanwalt Dr. Hille, selbst geborener Plauener, stellte sich durch Appell an und hebt gegenüber der Unzufriedenheit der sächsischen Regierung hervor, das Ideal der Freiheit, das alle Katholiken auf in der Liebe zu Gott, ihrem heiligen Glauben und ihren Brüdern. An der Hand einiger Beispiele aus dem praktischen Leben weist hierauf Herr Dr. Pachl auf die unerlässliche Notwendigkeit und Wichtigkeit der Katholiken hin, die katholische Presse in Sachsen, die „Sächsische Volkszeitung“, die Führer und Vorämpferin im Kampf, in allerster Linie zu unterstützen und zu fördern. Wie in dieser schweren Zeit fast kan und teilnahmslos auf der Seite steht, verständigt sich an der Allgemeinheit.

Eins sei hier noch beiwohnter hergehoben. In der Aussprache meldete sich auch ein Herr Schatz zum Wort, der sich als ein sehr barbarisch-schwuler Vertreter der weltlichen Einheitsschule entpuppte. Auf seine sich widersprechenden, mit abgeleiteten Schlagwörtern der Sozialdemokratie durchsetzten Ausführungen des Plauener ehmehrung erwiderte sich. Aber das sei hier festgestellt; dieser Herr stellt sich als Mitglied des Elternrates der vier katholischen Bezirksschule Dresden vor, und als die Anwesenden ihr Staunen und ihre Misstrauung in lautem Ruf ausdrücken, hatte er die Unverschämtheit, seiner „berechneten“ Hoffnung Ausdruck zu geben, daß bei den nächsten Wahlen der katholischen Elternrate noch mehr seiner Genossen in ihren Aufnahmen würden. Möge dies den katholischen Eltern als warnendes Beispiel dienen. Augen auf! Strengste Wachsamkeit ist geboten. Wenn es der Sozialdemokratie gelingt, wie ein Wolf im Schafspelz in unsere katholischen Elternräte zu schlüpfen, so habt diese schrecklich ein willkommen Werkzeug in ihren Händen und für uns ein tödliches Gehilfe. Darum nochmals: Achtung und Augen auf bei den nächsten Elternratswahlen.

Der geschildigte Verlauf der Kundgebung zeigt aber, daß die Katholiken auf der Wacht sind. Die heiligen Wände gemeinsamer Überzeugung und gemeinsamer Interessen umschließen sie. Sie wissen, daß allein auf den Kraftquellen der Religion ihre Kinder Glück und Erfolg schöpfen. Diese Kraftquellen zu erhalten, seien sie ihr ganzes Sein ein im Kampf bis zum endgültigen sicheren Sieg.

Eine Haftsumme für den Schulstreik in Plauen ergab die anhängliche Summe von 543,70 M.

G. R.

Wie kommt unser Geldwesen wieder in Ordnung?

Von Prof. Grebe, W. d. Pr. D.

Unser eigenartige Finanzierung in den letzten Jahren hat unser Geldwesen völlig in Auordnung gebracht, ja schafft unsere Vorstellungen vom Wesen des Geldes und fast unheilbar in Verwirrung gebracht. Die Gesamtsumme von Reich, Staaten und Gemeinden übersteigt heute schon übermäßig den Wert des gesamten Nationalvermögens vor dem Kriege. Nun ist aber der Reichs Deutschen an Sachhaltern irgendwie noch erheblich verringert. Daraus folgt, daß das Geld vor heute nicht mehr den gleichen Wert haben kann wie früher, denn sonst müßte in das deutsche Volk sein gesamtes Vermögen mit Erschöpfung des Grundstoffs, der Häuser, gewölbten Anlagen usw. dem Boden gleich haben. Das ist aber nicht der Fall. Am Begentell, vielfach sind Hypotheken abgetragen, Gebäude und Maschinen abgeschrieben, starke Reserven angehäuft. Wie schwimmen im Gelde. Das ist nur erklärlich durch eine bedeutende Verdunstung des wenigen wirklich vorhandenen Geldes. Es ist gerade so, als wenn man in einem Vier Milch 20 Liter Milch giebt. Das Quantum ist dann vervielfacht, es schwimmt wohl auch noch weiß, aber der innere Wert ist um nichts besser geworden. Unser Geld hat gar inneren Wert mehr. Es sind Wechsel auf die Zukunft, die

Die Angelegenheit beleuchtet sich in eigenartiger Weise nach durch Verleugnung des interessierenden Auszuges aus den Personalien: Vater und Mutter sind beide röm.-kathol. Das Kind — ein Mädchen — ist am 1. 12. 1907 geboren und ging dies Jahr am ersten Sonntag mit der ersten hl. Kommunion.

Du bist sprachlos? Ich war es auch. Und wie oft ich den unseligen Brief gelesen habe, bis ich mich mit der traurigen Wirklichkeit absandt.

Aber der Fall ist erklärlich. Hier handelt es sich um Gedanken, Gewissensnot schreitenster Art, die gleich der Heuernot nach Hülfe ruft. Dasselbe steht mehr auf dem Spiele als bei einem Brand, sondern: es geht um den Streitfrieden einer Familie, leichten Endes um den Seelen Frieden.

Wie die Geistesverfassung schon dabei durcheinander geraten ist, geht ja aus den Zeilen selbst hervor: Das Mädchen soll nicht mehr am katholischen Gottesdienst teilnehmen, weil es bereits die hl. Kommunion empfangen hat. Was soll das heißen? Ist's eine Strafe für das Kind? Oder kein "Weissezeugnis"? Ist's ein Schmähscheldwort den Religionslehrer oder katholische "Möhren-Dom" für ihn? Ist's vielleicht "schändiger Hochmut" der selbst gefällig meint, nun "Schwester im Glauben" und seines Untertrichts in Religion mehr zu loben, trotz der noch zwei Jahre befindenden gesetzlichen Schulpflicht?

Es soll nicht "gerichtet" werden. Auf alle Fälle aber ist es ein typisches Verhältnis von der Glaubensnot der Katholiken in der Diaspora, zumal in der sozialen Diaspora. Das ehemalige Königreich Sachsen drangsalierte die Katholiken mit allerlei Schikanen in ihrem religiösen Leben; die sozialdemokratischen Gewerkschaften besiegten das auf wirtschaftlichem Gebiete; der heilige Friede sah aber das Nebengesetz! Dals über Kofi angenommen, durch das er ihnen ihre konfessionelle Schule am liebsten für aufgehoben und nicht mehr glockig erklären möchte.

Wenn solche Maßnahmenarbeit schließlich auch bei rein katholischen Eltern für den Angenblick Erfolge hat und das vom Vater und Mutter erreichte katholische Glaubens- und Lebensgefühl in Brand steht, so ist das ohne weiteres verständlich. Aber ebenso selbstverständlich ist der Hilfesuch: Deutjio, Kewel!

Der diesjährige Katholikentag in Leipzig vom 24. bis 26. September ist die Hüttsaktion dafür. Der Katholikentag ist der Sammelraum für alle Glaubensgenossen. Erstens für alle, welche die Gnade und das Glück besitzen, fern von Selen und Gewissensnot unbeschwert nach ihrem katholischen Weltanschauungsideal leben zu können, zweitens für alle, die nach dieser Richtung hin „mühelig und beladen“ sind. Alle sollen kommen, um sich gegenseitig zu stützen, um sich aneinander für das Glaubensbild der Kinderstage wieder zu erinnern, zu entzünden, zu begleiten, um sich miteinander willensstarke zu machen, keinen Ball breit vom Glaubenserde unserer Eltern aufzugeben.

In diesem Sinne wendet sich der Leipziger Katholikentag an alle Glaubensgenossen mit dem ungeschriebenen Gebot: Du bist zum Besuch verpflichtet! Wenn nicht direkt um deiner selbst willen, dann wegen deiner Kinder. Komme! Du hast die Reversbrücke der Selen und Gewissensnot loschen, die deine Mischwesen und Mütter kastlos macht.

Großes polnische Bedrohung

Breslau, 12. September. Auf der Römergrube bei Nysa/ki haben zahlreiche Arbeiter wegen der fortgesetzten Bedrohung durch politische Arbeiter ihre Entlassung gefordert. Auch auf der Bruno-Hütte bei Sobótka haben aus dem gleichen Grunde fast 200 Arbeiter gekündigt. Der Schlichtungsausschuss in Gleiwitz beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung mit der Frage, ob ein ständig bedrohter Fabrikherr während der ihm immer wieder begleitenden Lebensgefahr seinen in den Luftangräumen geschlossenen Betrieb wieder aufnehmen muss. Der Ausschuss entschied, dass dieser unter den gegenwärtigen Verhältnissen, die für den Fabrikherrn Lebensgefahr bedeuten, nicht verpflichtet sei, den Betrieb wieder aufzunehmen, um so weniger, als sich kein anderer geeigneter Betrieb findet.

Kattowitz, 11. September. In dem dicht an der Grenze gelegenen Schoppinitz verließ gestern vormittag die dort stationierte französische Besatzung den Ort. Ihr Abmarsch rief unter den Polen große Erregung hervor, die sich noch steigerte, als verbreitete wurde, dass die neue Abstimmungspolizei an Stelle der französischen Ordnungsdienst übernehmen sollte. Mittags wurden plötzlich von den Polen die Glöckner der katholischen Kirche geläutet und gleichzeitig Feuerzeichen gegeben, um die polnische Bevölkerung auf die Straße zu locken. Diese waren in wenigen Minuten von einer erregten Menschenmenge angefüllt. Von allen Seiten erklang die Auseinandersetzung: „Wollen her! Nachmittags patrouillierten bereits wieder bewaffnete Polen. Wie außerordentlich gemeldet wird, sind im Laufe des Tages die nach dem letzten Aufstand von den Polen über die Grenze geschafften Personen nach Schoppinitz zurückgebracht worden. Ein Wachtmelder der blauen Polizei, der einen Transport von Gleiwitz nach Schoppinitz hatte, wurde beim Verlassen des Bahnhofes von den Polen überfallen, furchtloslich mitschandelt — u. a. wurde ihm ein Auge ausgeschlagen — und nach Polen verschleppt. Noch neuen Mitteilungen sollen auch die Orte Przelewnia und Daingow von den Polen besetzt sein. Nach letzteren Orten ist jeder Verkehr unterbunden, während der Eintritt nach Przelewnia nur gegen Vorzeigung eines polnischen Ausweises gestattet ist. In der geistigen Versammlung in Schoppinitz, die von etwa 6000 Polen besucht war, wurde unter anderem folgende Forderungen gestellt: Abzug des kattowitzer Polizeipräfektur Dr. Samowdy, des Polizeipräfektors Korty und des Polizeibeamten. Abhoffnung der deutschen (blauen) Polizei sowie der Abstimmungspolizei. Androhung von Repressionen für jeden Polen, der in Ober-Silesien von den Deutschen drangsaliert wird. Es sollen 10 Deutsche von Schoppinitz und Umgegend mitschandelt werden. Weiter wird gefordert, sofortige Auflösung, woshalb die französischen Besatzungstruppen Schoppinitz verlassen haben und Freilassung aller Inhaftierten Polen. Endlich wurde in der Versammlung offiziell beschlossen, den Aufstand am 12. d. W. zu erneuern.

Opfer des Polen-Ausfalls

Beuthen, 10. Sept. Am 7. d. W. fand in Przelotka durch eine Gerichtskommission die Feststellung der neun Opfer des Ausfalls statt. Von den Leichen wurden drei identifiziert. Die übrigen Opfer sind unbekannt. Die Leichen wiesen Schussverletzungen, Schädelvertrümmerungen und Nasenettstiche auf. Die amtliche Untersuchung ist noch im Gange.

Das deutsche Wehrkonsistorialamt in Kattowitz hat an die interalliierte Kommission in Oppeln eine Eingabe gerichtet, in der gebeten wird, das deutsche Tumultschabengesetz vom 12. Mai 1920 unverzüglich in Kraft zu setzen.

Aufrührprozesse in Kattowitz

Kattowitz, 11. Sept. Vor dem außerordentlichen interalliierten Gerichte von Kattowitz Stadt und Land wurde in den letzten Tagen eine Reihe von Auführungsprozessen verhandelt. Ein Angeklagter erhielt 15 Jahre Haft, weil aus seiner Wohnung auf französische Truppen geschossen worden war. Weiter wurde vom Gericht erkannt worden, dass Teilnahme am Aufstand mit Waffen auf zwei Jahre Gefängnis, wegen Blunderung auf zwei Jahre Haft, wegen des Verlustes geraubter Gegenstände auf sechs Monate, wegen Übertretung des Waffensperrebotes auf vier Monate und wegen Fahvergehen auf ein Jahr Gefängnis.

Die Verhaftungen wegen der Breslauer Konfusatsoffäre

Berlin, 11. Sept. Die Zahl der wegen Ausschreitungen gegen die fremden Konsulate Verhafteten hat sich auf 41 erhöht. Bei verschiedenen von ihnen wurde aus den Konsulaten geraubte Geldbörse gefunden.

Eine deutsche Note über Eupen und Malmedy

Die deutsche Regierung hat dem Völkerbund, der sich am 15. September mit der Volksbefragung in Eupen und Malmedy beschäftigt, eine Note zugestellt lassen, in der sie in Anknüpfung an ihre früheren Noten nochmals die verbindlichen Punkte herhebt, die die vertragswidrige Handhabung der Volksbefragung durch die belgischen Behörden kennzeichnen. Dies sind: technische Undurchsetzbarkeit der Abstimmung, Beeinflussung der Stimmberechtigten, Verhinderungsmassnahmen für die Ausübung des Stimmrechts, Unterdrückung der freien Meinungsbildung, Ausbeutungen und Einschüchterung durch ein besonderes Dokumentenstift.

Die Note führt dann fort: Es ist nun zu begreifen, dass alle diese Maßnahmen bei der Bevölkerung einen Zustand der Misstrauigkeit und Verachtung geschaffen haben, der eine wahre Willensäußerung nicht aufkommen lässt. Diese untragbare, durch zahlreiche Verstümmelungen aus der Bevölkerung selbst erwiesene Tatsache ist ungünstig, wie nicht unwohl bleiben mag, auch durch die Deutschen mehrere ausladender Pressevertreter, die die Gebiete bereit haben, aus eigenen Erfahrungen bestätigt werden.

Wenn in dieser Beziehung noch ein Zweifel bestehen könnte, so wird er beseitigt durch das zahlreiche Ergebnis der Volksbefragung. Es liegt die als außerordentlich ansteckende Mitteilung vor, dass sich von den etwa 80 000 Stimmberechtigten insgesamt nur 272 Personen in die Listen eingetragen haben. Hierbei ist zu beachten, dass von diesen 272 Stimmen die Mehrzahl von Personen abgegeben werden ist, die inzwischen die Kreise verlassen haben, während vor der angekündigten Bevölkerung nur wenige Abstimmt haben. Verhältnis nach dem demgegenüber, dass die Kreise Eupen und Malmedy niemals zu Belgien oder zu einem Staatengebilde gehört haben, das als Vorgänger des heutigen Belgien angesehen werden könnte, doch der Kreis Eupen eine rein deutsche und der Kreis Malmedy eine zu vier Fünftel deutsche Bevölkerung hat, dass die Gebiete nach Sprache und Kultur deutsch sind, dass ihre wirtschaftlichen und kulturellen Interessen geistlicher ihr Verbleiben bei Deutschland erfordern, und dass bis zum Ende des Jahres 1918 weiter in den Kreisen selbst, noch auch in Belgien jenseitige Verbesserungen bemerkbar geworden sind, die auf einen Ansturm der Gebiete an Belgien hingestellt hätten, so wie man mit Zug und Recht in den angegebenen Zahlen den besten Beweis dafür erbringen darf, dass die Volksbefragung den wahren Willen der Bevölkerung nicht zum Ausdruck gebracht hat. Diesen Tatbestände gegenüber erinnert die deutsche Regierung erneut daran, dass die alliierten Mächte in ihrer Note vom 16. Juni 1919 feierlich versichert haben, dass keine Gebietsübertragung an Belgien stattfinden solle, die nicht das Ergebnis einer Entscheidung der Bevölkerung ist und den Bruch feierlicher Verpflichtungen durch die belgischen Behörden wieder gutzumachen und dem Selbstbestimmungsrecht des Volkes auch in Eupen und Malmedy zur Anerkennung zu verhelfen.

In dem der Note beigefügten Werkbuch sind etwa 70 Zuschriften und Zeugenaussagen wiedergegeben, aus denen sich ein anschauliches Bild darüber ergibt, wie die Volksbefragung in Eupen und Malmedy durch die belgischen Behörden verhindert worden ist.

Die Verschleppung der deutsch-polnischen Verhandlungen

Berlin, 11. September. Nach Pressemitteilungen hat die polnische Regierung am 8. d. W. amtlich verlautbart, Deutschland verschlepte die Verhandlungen mit Polen. Demgegenüber ist folgendes festzustellen: Die Münzverhandlungen in Warschau über den Vertrag nach Ostpreußen wurden unterbrochen, weil die polnische Regierung die Pässe der deutschen Delegation nicht verlängerte. Die Aprilverhandlungen in Paris über Einzelfragen der Erfüllung des Friedensvertrages wurden unterbrochen, weil die polnische Regierung es ablehnte, auch die Stornobörse und die Optionsfragen mit auf die Tagessordnung zu legen, wie es deutscherseits bei Verhandlungsbeginn beantragt worden war. Deutschland erklärte sich sofort bereit, die unterbrochenen Verhandlungen jederzeit wieder aufzunehmen, sobald die polnische Regierung der von Deutschland angelegten Erweiterung der Tagessordnung zustimmt. Die polnische Regierung kam aber erst nach sechs Wochen, am 26. Juni d. J., auf die Angelegenheit zurück, wobei sie zum Ausdruck brachte, dass es ihr vor allem ein schleichendes Andenken von Wirtschaftsverhandlungen zu tun sei. Die Bereitwilligkeit hierzu hat die deutsche Regierung bereits am 8. Juli d. J. grundsätzlich ausgesprochen.

Berlin, 12. September. Nach einer Mitteilung des Generalsekretariats der Friedenskonferenz ist Polen bereit, die Verhandlungen über den Korridor am 18. d. W. zu beginnen. Da aber der französische Vorsitzende der Kommission durch andere diplomatische Verpflichtungen während des laufenden Monats verhindert ist, an den Verhandlungen teilzunehmen, können diese am 1. Oktober d. J. in Paris zu beginnen.

Aufstand gegen die Sowjetregierung?

Kopenhagen, 11. Sept. Nach Meldungen aus Riga sollen in der Nähe von Rostow erste Unruhen gegen die Sowjetregierung ausgebrochen sein, die die Blutung unterdrückt worden seien. Die Nachrichten über Aufstände in Russland mehren sich, doch liegt von keiner Seite eine Bestätigung vor.

Unruhen in Petersburg

Paris, 11. September. „Information“ veröffentlichte Meldungen finnisch-schwedischer Blätter, nach denen schwere Unruhen in Petersburg ausgetragen seien, die die Blutung unterdrückt worden seien. Die Nachrichten über Aufstände in Russland mehren sich, doch liegt von keiner Seite eine Bestätigung vor.

Ein Sieg Wrangels?

London, 12. Sept. Die „Times“ meldet aus Konstantinopel, dass laut Berichten aus Sankt-Petersburg die Truppen des Generals Wrangel, die aus Kuban zurückgezogen werden waren, in Städte von 100000 Mann nach der Küste zurückgekehrt seien. Die rotene Truppen, die den Osten überschritten hatten, seien vollkommen aufgelöst worden und hätten nur noch den Rückenkopf von Russland, den die Truppen Wrangels umzingelt hätten, in Besitz.

Weggang des Wrangels

Paris, 11. September. Da in Polen das militärische Gleichgewicht wieder hergestellt ist, wird General Weygand, dem Polen den Sieg über die Bolschewiken verdankt, nicht nach Paris nachzurütteln, sondern an die Front des Generals Wrangel begeben.

Die englische Bergarbeiterbewegung

London, 11. September. Bei einer Versammlung der Eisenbahner erklärte der Sekretär des Eisenbahnerverbandes, die Eisenbahner würden die Bergarbeiter in ihrem Kampf unterstützen.

Paris, 12. September. Nach einer „Journal“-Meldung aus London ist gestern nachmittag bekanntgegeben worden, dass falls der Kohlenarbeiterstreik ausbricht, sofortige Rationierungsmaßnahmen ergriffen werden. Dem ersten Tage an wird die Zuckerration von 860 Gramm auf 170 Gramm die Woche herabgesetzt. Außerdem werden Fleisch, Speck, Mehl und Milch rationiert werden.

Die Streikdrohung in England

London, 12. September. Der Präsident des Handelsamtes hat gestern abend eine Befürchtung mit Lloyd George. Er hat darauf eine Erklärung veröffentlicht, in der die Aufforderung des Bergarbeiterverbandes auf seine Belagerung lenkt, vor einem zuständigen und unparteiischen Schiedsgericht vor dem Weltgerichtsgericht der Aufforderung dargestellt. Er meint, dass dieser Streik in der Hauptstadt ein politischer Streik sein würde, und unterschreibt die Rotwendigkeit, ein für allemal den Grundtag anzusteuern, dass man in Zukunft nur Ansprüche, die als gerecht und gerecht befunden würden, nachkommen werde.

Die Lage in Italien

Triest, 11. Sept. Trotz Beschwerdebekämpfungen der slawischen Führer ist die Ruhe noch nicht wieder hergestellt. Die

Behörden zu wider gehandelt und darüber hinaus den Friedensvertrag verletzt, indem sie die Ausübung eines vertraglich gewährleisteten Rechts tatsächlich unmöglich machen.

Bestätigt auf diese Tatsachen, hinter die deutsche Regierung den Völkerbund, die unter belgischer Beteiligung erfolgte Volksbefragung für ungültig zu erklären und Maßnahmen zu treffen, durch die der Bevölkerung die Möglichkeit einer wohltatigen, unbefangenen Willensäußerung gegeben wird. Nach Ansicht der deutschen Regierung kann dies auf Grund der vorliegenden Erfahrungen nur dadurch geschehen, dass der Völkerbund selbst die Volksbefragung in die Hand nimmt. Nur durch ein unmittelbares Eingreifen des Völkerbundes würde auch das der deutschen Regierung in der Note der alliierten Mächte vom 16. Juni 1919 beigebrachte Entwurfsgesetz in Eupen und Malmedy unter Leitung des Völkerbundes statthaften.

Die deutsche Regierung hat schon in früheren Noten ein reichhaltiges Material angesammelt. Der größte Teil dieses Materials ist in der Antwortnote des Herrn Präsidenten der Friedenskonferenz vom 4. Juni unberücksichtigt geblieben, insbesondere sind die von der Bevölkerung selbst stammenden Belege mit seinem Wort erwähnt worden; soweit die alliierten Mächte auf die deutschen Noten überhaupt eingegangen sind, beruft ihre Stellungnahme, wie die deutsche Regierung in ihrer Antwortnote vom 6. Juli dargelegt hat, auf unrichtige Informationen. Die deutsche Regierung hat nunmehr von dem in reichem Maße vorhandenen Material die beweiskräftigen Sätze zu einer Sammlung vereinigt, die sie sich an bei dem Völkerbund in Form eines Werkbuchs zu überreichen bezieht.

Die deutsche Regierung gibt sich bei bestimmen Erwartung hinweg, die nahezu unvermeidlich aus der Bevölkerung der beiden Kreise selbst stammenden Belege über die wahre Stimmung der Bewohner einer genauen Durchsicht und Prüfung unterzogen werden, ehe der Völkerbund darum schreitet, die ihm obliegende Entscheidung zu fassen. Sie hofft zumindest, dass die abwingende Kraft der in dieser Sammlung mitgeteilten Tatsachen den Völkerbund bei seiner Entscheidung bei der das Schicksal einer Bevölkerung von mehr als 60000 Seelen auf dem Spiel steht, veranlassen wird, die vorerwähnten Maßnahmen zu treffen, die allein geeignet sind, die begangene Verletzung des Friedensvertrages und den Bruch feierlicher Verpflichtungen durch die belgischen Behörden wieder gutzumachen und dem Selbstbestimmungsrecht des Volkes auch in Eupen und Malmedy zur Anerkennung zu verhelfen.

In dem der Note beigefügten Werkbuch sind etwa 70 Zuschriften und Zeugenaussagen wiedergegeben, aus denen sich ein anschauliches Bild darüber ergibt, wie die Volksbefragung in Eupen und Malmedy durch die belgischen Behörden verhindert worden ist.

Zeitungen stellen eine italienische Feindliche Bewegung durch slawische Stadtkräfte Wöhler fest. Der Stadtteil San Giacomo, wo die Tumulte am heftigsten waren, wird zum größten Teil von Slawen bewohnt.

Malland, 12. Sept. In der Versammlung der Vertreter der Arbeitervereine wurde gestern nachmittag die vom Sekretär des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes, Dragona, vorgelegte gemäßigte Tagesordnung, die sich gegen jede Diktatur des Proletariats und gegen bolschewistische Tendenzen ausspricht, mit 188 000 Stimmen abgelehnt.

Malland, 11. Sept. Der Rat des Allgemeinen Arbeiterbundes trat gestern nachmittag 8 Uhr zusammen und beschloss die Einigungsvorschläge in der Metallarbeiterbewegung. Die „Tribuna“ hebt hervor, dass die beiden Parteien in Verhandlungen getreten sind, und steht darin die Hoffnung auf eine baldige Einigung. Barcis, 11. Sept. Nach einer „Freiheit“-Meldung aus Rom ist die italienische Regierung bereit, in dem Streit zwischen Arbeitern und Arbeitgebern zu intervenieren, und wenn es die Arbeit in ihren Einflussnahmen wieder zu äußern treiben sollten, eine Verstärkung der gesetzlichen Vollmachten zu verlangen. In Turin und Genf werden schwere Unruhen befürchtet.

Italienfeindliche Kundgebungen der Slawen

Triest, 11. Sept. Die italienischen Kundgebungen des Slawen haben sich verstärkt. Gestern Abend fanden im Stadtbezirk San Giacomo Straßenkämpfe statt; Bäckereien wurden erobert, die vom eingreifenden Militär bald zerstört wurden. Das Militär gab drei Kanonenenschüsse ab, drei Personen wurden getötet. Etwa 100 Personen wurden verhaftet. Die Nacht verlief ruhig; heute morgen wurde die Arbeit wieder aufgenommen.

Die Genfer Konferenz

London, 11. Sept. Das britische Bureau erläutert aus unterrichteten Kreisen, dass die Verschiebung der Genfer Schadenerlasskonferenz bis zum nächsten Monat als fast unvermeidlich angesehen wird, da sie mit der Brüsseler Konferenz zusammenfällt, an der mehrere der Delegierten ebenfalls teilnehmen.

Paris, 12. Sept. Nach der vom englischen Botschafter übermittelten Antwort auf die Frage, ob der 24. September der französischen Regierung als Datum für die Konferenz in Genf zugestellt werden, erklärte sich Frankreich aus praktischen Gründen dagegen, dass beide Konferenzen in Genf und Brüssel gleichzeitig stattfinden. Außerdem nehme die französische Regierung prahlhaft die gleiche Haltung ein wie die belgische, nämlich die Angebote Deutschlands

